

Die Gewertschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 2. April 1926

Nummer 14

INHALTSVERZEICHNIS

Obergebanten	S. 2
Gesamterzeugung und nationale Wirtschaftlichkeit	S. 3
Unter der Großstadt	S. 4
Aus Politik und Volkswirtschaft • Aus den Gemeinden • Angestellte, Reichs- und Staats- arbeiter • Aus unserer Bewegung • Landratsamtsleiter • Verbandsrat	
Technik und Wirtschaft:	
Einmal von den absoluten und technischen Möglichkeiten in der Elektrotechnik • Die Vertiefung der Unterweiser für 8 m tiefgehende Seeschiffe • Deffensliche Gartenanlagen und Gärtnereibetriebe • Maschinenhersteller und Unfallzug • Rundschau	

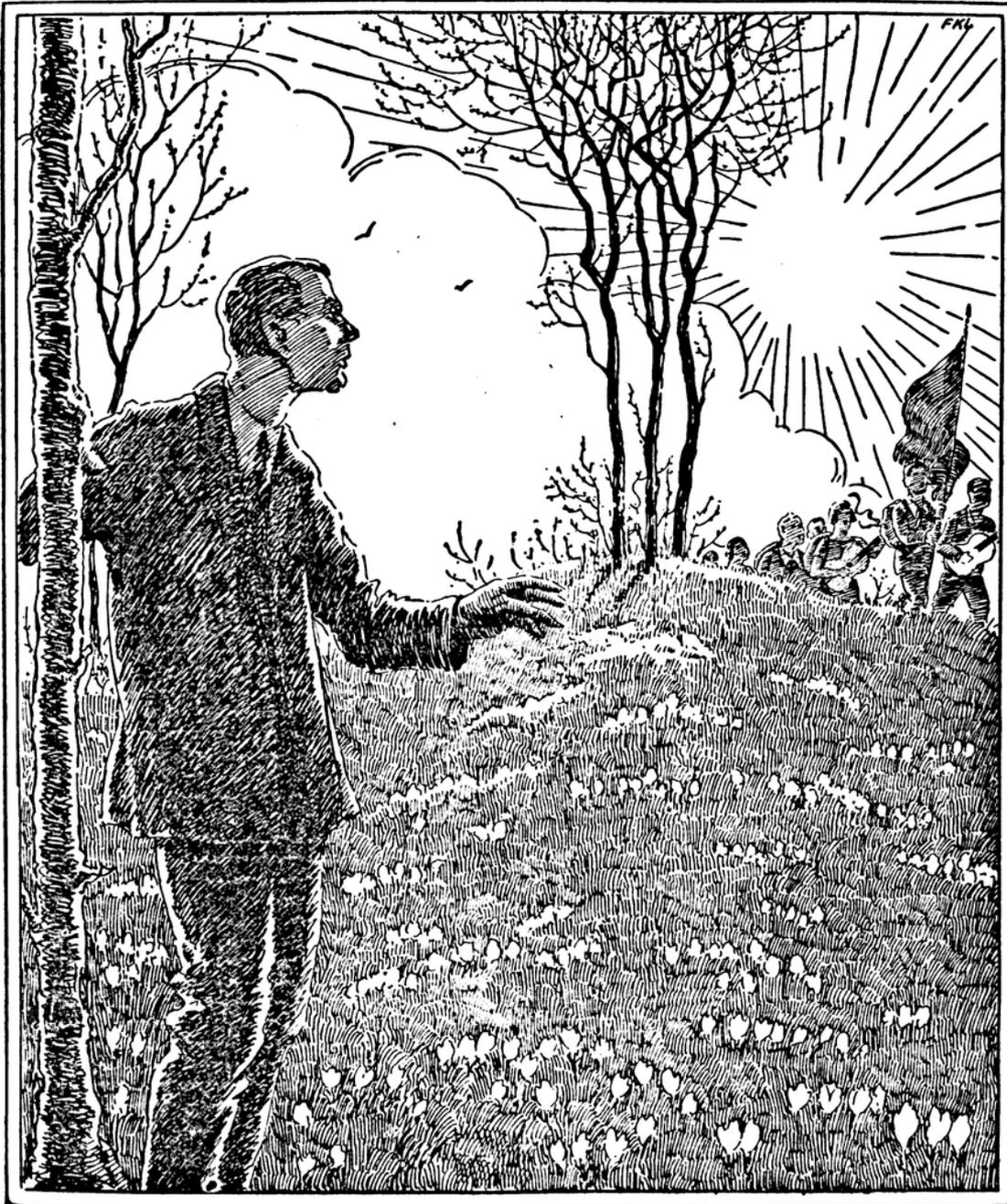


Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 35, Schillingstraße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 11944

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



Ostergedanken



Der Frühling hält seinen Einzug. Warm scheint die Sonne. Zwar haben wir noch Nachfröste und kalte Temperatur am Tage, aber die aufsteigende Sonne siegt. So sind auch die Menschen trotz wirtschaftlicher Not wieder hoffnungsfreudiger. Wir Gemeinde- und Staatsarbeiter leiden zwar nicht in dem Maße unter den fürchterlichen Unbilden der Erwerbslosigkeit, wie das in der Privatindustrie sich seit Monaten zeigt. Millionen Arbeitsloser sind das Charakteristikum für die deutsche Wirtschaft. Alle Voraussetzungen der sogenannten deutschen Wirtschaftsführer haben sich als falsch erwiesen. Die Arbeitszeitverordnung hat durch ihre Verlängerung

die Produktion gesund gemacht, sondern sie ist krank und siech. Die breiten Massen haben am stärksten darunter zu leiden. Es ist auch kein allzu hoffnungsfreudiger Ausblick, den wir heute geben können; denn selbst, wenn sich die Drei-Millionen-Schar der Arbeitslosen um eine volle Million verringern sollte, worüber sicher noch Monate vergehen dürften, ist das Elend doch so fürchterlich, wie wir

es in der Vorkriegszeit kaum gekannt haben. Freilich als Tropfen auf den heißen Stein bleibt die Erwerbslosenunterstützung, die in der Vorkriegszeit nicht gewährleistet war. Es wäre aber gar nicht auszuwenden, wenn Staat und Gemeinden nicht durch die Arbeitslosenfürsorge ein Mittel geschaffen hätten, um für die schlimmsten Verhältnisse einen Ausgleich zu bieten. Feststehend ist jedenfalls, daß die verlängerte Arbeitszeit eine Gesundung der Wirtschaft nicht bringen konnte, wie das die Arbeiterschaft bereits vorausgesagt hat. Daß aber die Unternehmer aus diesen Vorgängen nichts gelernt haben, geht aus ihrer famosen Denkschrift hervor. Das Unternehmertum will herrschen wie in der Vorkriegszeit und setzt alle Hebel an, um aus der Not und dem Elend der Arbeitslosigkeit für sich eine vorteilhafte Situation zu schaffen. Man glaubt, die Arbeiterschaft sei jetzt schwach. Darum sind Versuche von Lohnabbau, verlängerter Arbeitszeit und Entzug von sozialen Errungenschaften an der Tagesordnung. Dagegen sich zur Wehr zu setzen, bleibt Aufgabe der Arbeiterschaft.

Nun, da es Frühling wird, müssen wir, die wir Lebensbejaher sind, erneut den Kampf mit den Widerständen aufnehmen. Der Kampf geht nach zwei Seiten. Gewiß ist der stärkste Gegner das Unternehmertum. Auch in den Reihen unseres Reichsarbeiterverbandes

ist so mancher, den man durchaus auf diese Linie unserer schärfsten Gegner stellen muß. Das wäre nicht unbedingt nötig; denn die öffentlich-rechtlichen Betriebe sind durchaus in der Lage, sich über den Kleinkampf des Tages hinaus so einzustellen, daß sie leben können und leben lassen. Es wird aber noch einer längeren Erziehungsarbeit, insbesondere auch durch unsere Organisation bedürfen, um das Ziel zu erreichen, daß öffentlich-rechtliche Betriebe mustergültig sind und nicht mit dem Maßstabe des sozialen Elends gemessen werden dürfen, der jeweils in der Industrie in ungünstigen Zeiten vorhanden ist.

Unser Kampf geht aber auch nach der anderen Seite, indem wir aufklärend wirken müssen allen denjenigen gegenüber, die uns noch fernstehen. Gewiß sind die Arbeiter in den Wertbetrieben und auch vielfach in

den Kammereibetrieben der Gemeinden bis zu 90 Proz. in unserem Verbandsorganisiert. Aber wir haben doch einzelne Gruppen, deren Organisationseifer in den letzten Monaten wesentlich nachgelassen hat und wo die Lücken noch allzu groß sind. Wir nennen hier die Staatsarbeiter, auch einen Teil des Pflegepersonals. Vor allem muß gesagt werden, daß auch die neu ausblühende Elektrizitätsindustrie, die doch

Osterklänge

Lebenweckend strahlt die Sonne auf die jungfräuliche Welt, die im Schoß der warmen Erde Keim und Frucht umfassen läßt. Knospen sprengen ihre Hülle, Blätter, Blüten, reich in Fülle, streut im Wechsel die Natur weithin über Feld und Flur.

Frühlingswinde weben lockend wieder über Berg und Wald. Jugend wandert, Lieder singend, daß es fröhlich widerhallt: Hei! Juchhei! Wir sind die Jungen, jenes kommende Geschlecht, das vom Siegesgefühl durchdrungen, streitet für das freie Recht!

Abseits noch im grauen Alttag, ohne Willen, ohne Weg, seh'n die Träumer, hilflos hoffend, bang im Herzen, still und träg. Da klinkt's jubelnd: Hei! Juchheit! Brüder! Schwemern! Macht euch frei aus der Sklavenarbeit! Bann! Vorwärts! Aufwärts führt die Bahn!

Und mit freudigem Erkennen ihres Lebens Wert und Lohn, schließen sie die dretten Reiben kämpfend gegen Not und Fron. Entlos schreiten die Millionen, die in Nacht und Elend wohnen, bis aus dunklen Nebeln bricht: Oßern! Auferstehungslicht!

W. BULAN

einen Gegenpol bildet gegenüber der Wirtschaftskrise unserer Zeit, noch sehr schlecht organisiert ist, so daß wir hier mit ganzer Kraft wirken müssen.

Die Frühlingstage sollen jedem einzelnen von uns die Hoffnung und den Willen bringen, daß es besser werde und daß der Auferstehungsgedanke, wie er in der Natur im Frühling sich zeigt, auch im Menschen übertragen werden muß.

Keine Zeit hat so große Gegensätze geschaffen wie die unsere. Auf der einen Seite Not und Elend von Millionen Menschen, auf der anderen eine Verschwendung, Luxus und Reichtum in unvorstellbarem Ausmaß. Diese ungeheuren Gegensätze müssen beseitigt werden. Jeder der lebenden Menschen ist verpflichtet, seinen Teil dazu beizutragen. Wir Gewerkschaften wirken in unserem Kreise durch Aufklärung, durch planmäßige systematische Erziehungsarbeit, um den Gedanken der Solidarität, den Gedanken des Zusammenstehens aller Menschen, zum Ausdruck zu bringen.

Rüde der Frühling nicht bloß in der Natur seinen Einzug halten, sondern auch in den Menschenbergen. Stärker denn je müssen wir den Kampf aufnehmen mit all den Widerständen, die durch die Natur, aber noch viel stärker durch die herrschenden Klassen entstehen und den Fortschritt aufhalten. Die Sonne siegt, sie steigt empor in der Natur und in der Menschheit. E. D.

Gasversorgung und rationelle Elektrizitätswirtschaft.

Im Frankfurter Gewerkschaftshaus tagte am 21. März eine Konferenz sozialistischer Gemeindevertreter, an der auch Vertreter der hessischen Behörden und Gasfachleute teilnahmen. Die Ferngasversorgung, insbesondere wie sie sich für Hessen und Hessen-Rheinland gestalten, behandelte Raurat Oeserberg (Mainz) der einen Ausblick über die Entwicklung der deutschen Warmwirtschaft gab. Wenn die einzelnen Gaswerke bisher noch wirtschaftlich waren, im Rahmen der Gesamtwirtschaft sind sie es nicht. Durch den Verlust von Kohlegruben infolge des Vertrags von Versailles sind wir gezwungen, die Kohlen auf das Wirtschaftskräfte auszunutzen, womit zugleich Produktionskosten vermindert werden. Alle Bestrebungen müssen deshalb darauf gerichtet sein, die Gütererzeugung in Deutschland zu heben, und hierzu muß auch das Gas beitragen, welches heute in so vielen Produktionsprozessen eine bedeutende Rolle spielt, denn schon lange dient das Gas nicht allein zum Kochen und Heizen, sondern auch zum Heizen sowohl im Haushalt, als auch in der Industrie. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß, wenn wir Gaswirtschaft treiben, wir gleichzeitig auch Volkswirtschaft treiben. In der Gaswirtschaft liegt die Veredelung der Kohle mit all ihren Vorteilen in bezug auf die Erzeugung von Gütern, aber auch in bezug auf die Volksgesundheit; denn durch die Veredelung der Kohle gewinnen wir so viele wertvolle Stoffe, die unentbehrlich sind in unserem Wirtschaftsleben, und mit der Verwendung des bei der Veredelung der Kohle gewonnenen Gases beiseitigen wir Rauch und Ruß. Die Mittel zur Veredelung und Verbilligung des Gases stehen dank der technischen Entwicklung der Gasindustrie zur Verfügung. Auf der einen Seite ist es die technische Möglichkeit, das Gas in konzentrierter Form in Röhren weiterzuleiten, auf der anderen Seite sind es unsere modernen Gaserzeugungsmethoden. Kupfer den wirtschaftlichen Vorteilen der Großgaswerke, die in der Konzentration der Kohle und der Abwärme liegen, sind es solche, die in der Gewinnung der Nebenprodukte, wie Koks, Leer, Ammoniak, Benzol usw. und Verarbeitung derselben liegen. Ein ganz besonderes Kapitel ist hierbei die Ausnutzung der Abwärme bzw. eine richtig gestellte Warmwirtschaft. — Auch andere Gesichtspunkte sprechen für die Großgaswerke, das ist die Verbilligung der Transportkosten der Kohlen von der Zeche zum Wert und innerhalb der Werte. Dasselbe gilt auch für den Transport der Nebenprodukte innerhalb des Wertes und Versand von Wert. Es ist klar, daß eine Massenförderung

wirtschaftlicher zu gestalten ist als eine Förderung in kleinen Mengen nach und von verschiedenen Stellen. Wasserantrieb spielt hierbei eine bedeutende Rolle, ebenso ein günstiger Bahnantrieb, der immer vorhanden sein muß im Falle, daß der Wasserantrieb versagt, z. B. Hoch- oder Kleinwasser und bei Eisgang. — Neben beipricht eingehend die 1920 von der sächsischen Regierung herausgegebenen Richtlinien für die Gasfernerversorgung Sachsens, die er begrüßt. Die Gasfernerversorgung eines Landes läßt sich nicht regeln durch Vorgehen einzelner Provinzen oder einzelner Gebietsteile eines Landes, sondern sie muß erfolgen von einer Stelle aus unter Berücksichtigung aller Provinzen oder Gebietsteile eines Landes. Das Ministerium des Innern in Sachsen wünscht, daß alle Gemeinden und Gemeindeverbände, die eigene Elektrizitätswerte besitzen, darauf hingewiesen werden, welchen folgenreichen Schritt sie tun und welche große Verantwortung sie übernehmen, wenn sie ihre Werke an Private verkaufen. Daran vermögen weder augenblickliche Vorteile und finanzielle Erleichterungen, noch langfristige Verträge über den Strombezug etwas zu ändern. Die Gemeinden gehen mit dem Verkauf ihrer Werke ein ungemein wichtiges Recht so gut wie unwiederbringlich aus den Händen: das Recht, die Bedingungen für den Bezug elektrischer Kraft in ihrem Bezirke nach eigenem Ermessen festzusetzen. Dieses Recht wird aber in der Zukunft, da die Industrie und das Kleinergewerbe, je länger je mehr, zur Benutzung von Elektrizität übergehen und auch der Bedarf des einzelnen privaten Haushalts am Strom beständig steigt, an Bedeutung noch gewinnen.

Neben diesen Gesichtspunkten wäre auch hier in Hessen die Gasversorgung einer Prüfung zu unterziehen, die sich auf folgende Punkte erstrecken möchte: 1. Prüfung der Eigentumsverhältnisse; 2. Prüfung der Betriebsverhältnisse; 3. Prüfung der Möglichkeit einer verbesserten und billigeren Gaserzeugung; 4. Prüfung des planmäßigen Ausbaues der Gasversorgung. Aus dieser Prüfung werden sich dann die Richtlinien ergeben, wie das ganze Land gleichmäßig und planmäßig mit Gas zu versorgen ist. Die Veredelung der ganzen Angelegenheit muß von einer Stelle, wie es auch in Sachsen geschehen ist, erfolgen, und zwar nicht für einen Gebietsteil oder eine Provinz, sondern für das ganze Land. Wir werden dazu kommen, daß wir in Hessen eine neue Hauptlieferwerke erhalten. Die genaue Anzahl und wer in Frage kommt,

Unter der Großstadt.

Die wenigsten der modernen Großstadtmenschen können sich eine Vorstellung davon machen, welchen Weg ihr tägliches Verbrauchswasser, das sie achlos in den Abfluß, Wasser- oder Spülstein hinuntergehen, zurückfindet und wo es hingeleitet wird. Dies trifft auch für einen großen Teil unserer Verbandskollegen und Väter der „Gewerkschaft“ zu. Darum wollen wir heute einmal neugierig diesem von uns weggekommenen Wasser folgen und hineinsteigen in jenes gewaltige, einem Irrgarten gleichende Labyrinth von Kanälen, Gängen und unterirdischen Bauwerken. Auch dort unten werden wir die Technik als Meisterin des Fortschritts bewundern können und werden überrascht sein von dem stillen Heldentum unserer Verbandskollegen, die als Kanalbetriebsarbeiter im Interesse der Menschheit ihre Arbeit in Dunkelheit und Kälte, umgeben von zweifelhaften Gerüchen, vollbringen müssen. Nachdem wir einen klaren Schanzgang angezogen und lange Wassertrüffel, unsere Sicherheitslampe am Selbstgurt befestigt und ein Laufholz in die Hand genommen haben, besteigen wir gleich in der Nähe unseres Hauses den Kanal. Ein schwerer eiserner Schachtdeckel wird nach seitwärts aufgehoben und nun klettert wir auf den im Schacht angebrachten „Steigeisen“ bis zu einer Tiefe von 5 bis 6 Metern hinunter. Robrige Luft, von allen möglichen Düsten durchsetzt, empfängt uns. Wir befinden uns auf der Sohle eines Nebenkanals, der zur Entwässerung unserer Straße dient. Wir sehen uns um; nirgends eine raue Fläche oder sonst ein Hindernis, welches den freien Abfluß des Wassers hindern könnte. Zwei bis drei Ringe von besonderen Kanalbausteinen sind übereinander gelegt, die Zementwand sein sauber gefügt, die Sohle ist aus glattem, glasiertem Eteingut hergestellt. Solche Präzisionsarbeit hatten wir da unten nicht vermutet. Dieser Kanal hat eine Höhe von 1,10 Meter und eine Breite von 0,57 Meter und eine ellipsoide Form. Hier müssen wir durch unser Wasserlein vom Spülstein ist inzwischen schon recht groß geworden, denn es hat sich mit den Abwässern des Hauses, auch mit denen der ganzen Straße vereinigt. Trotzdem wir

durch Schließen der eisernen Spültüre und Öffnen des Schloßes das obere Wasser abgeteilt haben, finden wir immer noch einen Wasserstand von 10 Zentimeter. Auf unser Lausloch gestützt wänden wir uns gleich einem Schlammengenossen durch das Innere dieses Kanalprofils. Wohlgerüche sind es nicht, die wir ja in gebührender Stellung und in nächster Nähe empfangen, denn nicht nur die Spülwasser, sondern auch die Abflüsse der Klosetts finden sich hier zusammen. In dieser unheimlichen finsternen Welt legt sich ein Alp auf unsere Brust; Eisigschweiß steigt auf und der Schweiß tropft aus. Wir atmen auf, als schwache Lichtkegel verschiedener Sicherheitslaternen sichtbar werden. Wir treffen eine Gruppe von Kanalarbeitern die mit dem Abwaschen des Kanals beschäftigt sind. Es ist eine Kolonne von sechs Mann, wovon immer zwei Mann zusammenarbeiten. Sie sind auf einer Strecke von ungefähr 10 Meter verteilt und wachen mit der Wurzelbürste die am Kanarwerk befindliche Schlammrinne ab. Die Sicherheitslaternen hängen an einer dem Profil zugeschnittenen Latte in der Mitte zwischen zwei Mann. Während der vordere Mann das ganze Gewölbe fluchtet, wächert der hintere nur bis zur halben Höhe nach und hängt dafür die Laternen weiter. Mittags werden dann die Rollen vertauscht. In den größeren Kanälen geht die Arbeit ähnlich vor sich, nur mit dem Unterschied, daß dort Keilwerke benutzt werden. Die Kollegen erklären uns, daß die am Kanarwerk und Gewölbe sich befindliche Schlammrinne eine Folge von Rutschungen oder hartem Regen sei, die mit der Zeit immer höher und tiefer wird. Diese Schlammrinne müßte von Zeit zu Zeit beiseitigt werden, sonst würde der Füllstange bis auf die Straße dringen und die Luft verpestet. Auch um die Kanäle gangbar zu erhalten sei dies notwendig. Wir verabschieden uns von den Kollegen und setzen nachdenklich unseren Weg fort.

Welch ungeheure Selbstüberwindung muß es gekostet haben, um diese Menschen überhaupt erst zu dieser Arbeit zu befähigen! Und zu frisch unsere Stirn ein Aufzug, der durch die Ventilationsröhren dem Kanal zufließt. Diese Röhre sind in einer Entfernung von 40 bis 45 Meter am Scheitel des Kanals angebracht und an

wird sich erst ergeben, bei genauer Prüfung der Sachlage in ähnlicher Weise, wie sie in Sachsen durchgeführt worden ist.

Eine Verbindung der Hauptlieferwerke ist deshalb anzustreben, damit weitestgehende Sicherheit in der Gasversorgung des ganzen Landes liegt, aber auch weitestgehende Wirtschaftlichkeit getrieben werden kann. Letzteres insofern, daß ein Werk, welches vielleicht an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit ist, durch ein anderes Werk, welches noch nicht voll ausgenutzt ist, unterstützt wird. Hierdurch werden die Hauptlieferwerke wirtschaftlich gestaltet und Erweiterungsanlagen nur dann geschaffen, wenn sie unbedingt erforderlich sind.

Der idealste Zustand wäre, wenn die Hauptlieferwerke aus dem Besitz der einzelnen Städte in den Besitz einer Interessengemeinschaft, einer sogenannten Dachgesellschaft, übergeführt würden. Durch diese Maßnahmen gehen den Städten und Gemeinden die Einnahmen aus ihren werbenden Betrieben absolut nicht verloren, sie können ja den Gaspreis entsprechend ihren Ausgaben für Gasbehälter, Druckreglerstationen, Rohrnetz, Gasmesser usw. festsetzen und darüber hinaus Zuschläge erheben, je nach ihren sonstigen finanziellen Bedürfnissen. Mit der Ueberführung der Hauptlieferwerke in eine Dachgesellschaft wäre die Verwaltung derselben ebenfalls vereinfacht und verbilligt, durch den Zusammenschluß dem Ganzen eine Wirtschaftsmacht gegeben, die Vorteile von recht großer Bedeutung sowohl in dem Einkauf der Rohprodukte, als auch in der Verarbeitung der Nebenprodukte und deren Verkauf erzielen könnte. Zunächst zu tun ist, daß die einzelnen Provinzialtage den Beschluß fassen, daß Privatkapital in der Zukunft an der Gasversorgung nicht mehr beteiligt werden darf, daß auch der Landtag und die Regierung sich den Beschluß zu eigen machen und, ähnlich wie in Sachsen, eine Landesstelle für Gemeinwirtschaft schafft, zu deren Wirkungskreis nicht allein die Regelung der Gasversorgung, sondern auch die Regelung der Elektrizitätsversorgung, Wasserversorgung und der Energie- und Wärmewirtschaft gehört, die auch gleichzeitig beratende Stelle ist in Fragen gleicher Natur für die Städte und Gemeinden. Noch ist es in Hessen Zeit, die Gasversorgung einer wirtschaftlichen und planmäßigen Lösung zuzuführen, noch haben wir nicht Kämpfe durchzuführen gehabt und durchzuführen, wie in so vielen anderen Ländern, wo immer das Privatkapital mit allen Machtmitteln versucht, in die Staats- und Kommunalwirtschaft einzudringen und an sich zu reißen. Lösen wir das Problem unter Ausschaltung jeder Sonderpolitik, es geht um mehr, es geht um die allgemeine Wirtschaft.

Die Elektrizitätsversorgung behandelte Direktor Lambke (Offenbach a. M.). In der Nachkriegszeit trat ein förmlicher Elektrizitätshunger ein. Die Anschlußfähigkeit macht weitere Fortschritte. Haben wir erst die Krise überwunden, so werden die Verhältnisse sicher noch günstiger sich gestalten können. Auf die Ausnützung- und Ausgleichsmöglichkeiten eines Wertes muß stets viel Bedacht genommen werden. Die Zentrallisation (Zweckverbände) bringt erhebliche Vorteile. So wie die großen Werke leistungsfähiger sind, so ist es auch bei den Gemeinden. Der Preis wird billiger, da die Unterhaltung tragbarer. Für die oberhessische Provinz kommen die Werke in Friedberg, Gleßen, Raunheim und das Großlieferwerk Wörsersheim in Betracht. Uneröffnete Gebiete gibt es in Hessen nicht mehr. Die jährlichen Momente sollen jedoch die Oberhand behalten. Bei vielen Werken liegt die Gefahr der Unübersichtlichkeit und Minderwertigkeit vor. Die hessische Regierung habe die Interessen der einzelstaatlichen Werke nicht genügend berücksichtigt, und ihre Maßnahmen waren in gewisser Hinsicht unverständlich. Das private Großkapital hat zu großen Spielraum erlangt. Es sind langfristige Verträge abgeschlossen, die nicht gutzuheißen sind im Interesse der Allgemeinheit. Hessen konsumiert schon jetzt jährlich 20 Millionen Kilowattstunden. Da muß vorsichtig gearbeitet und nicht zugelassen werden, daß die Gelder in fremde Taschen fließen.

Der Standpunkt der Gemeinden zu diesen wichtigen Problemen der Gemeinde-Licht- und Kraftwirtschaft wurde von dem Bürgermeister Genossen Rinkel behandelt. Er bezeichnete die erörterten Fragen als die wichtigsten für die Gemeinden in der jetzigen Zeit. Die Wirtschaftsform drängt immer mehr zur eigenen Regie. Die private Initiative läßt zu wünschen übrig. Die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Betriebe ist eine Kapitalfrage. Mit dem nötigen Willen können die Gemeinden leistungsfähiger werden. Eine bessere kaufmännische Geschäftsführung wird den Gemeinden zum größten Vorteil gereichen. Selbstverständlich werden große Werke leistungsfähiger sein können. Sie können entschieden vorteilhafter arbeiten. Das Problem der Ferngasversorgung ist aus der Not der Zeit geboren worden, es kommt reichlich spät zur Behandlung. Vielfach sehen wir eine rückständige Kommunalpolitik. Dem privaten Kapital muß das Wasser abgegraben werden. Die Entwicklung kann uns vor große Aufgaben oder Schwierigkeiten stellen. Verlangt müsse deshalb werden, daß eine Studienkommission alsbald gebildet werde. Wir wollen nicht, daß kleine Gemeinden mit ihren Werken zum Tode verurteilt werden. Das große Werk wird alles zu erfassen suchen, auch alle diejenigen Gemeinden, die noch gar keinen Anschluß an Gas oder Elektrizität haben. Es dürfte ratsam sein, wenn sich

der Straßenoberfläche durch einen eisernen Rost abgedeckt. Wäre diese Ventilation nicht vorhanden, so wäre der Aufenthalt oder gar ein Arbeiten da unten nicht möglich. Wir betreten nunmehr das Verbindungsbauteil eines Abgangkanals. Das trompetenartige Gewölbe mündet wiederum in ein Lüftungrohr, durch welches im dumpfen Rhythmus der Warm der Stadt eindringt. Unser „Wasserlein“, welches wir nach seinem Ziele begleiten wollen, ist durch die fortgesetzte Reinigung mit vielem anderen zu einem reißenden Bach geworden, der durch das starke Gefälle des Kanals sich als recht „wilder Geselle“ gebärdet. Die schäumenden Wellen werfen ihren weißgelben Gischt an unseren Wasserfesteln hoch und veranlassen uns, diese etwas höher zu ziehen. Das Gehen in diesem Kanal ist etwas besser, denn seine Höhe beträgt 1,50 Meter und die Breite 0,85 Meter. In diesem Profil kann man das Kriechen aufgeben und etwas rascher, wenn auch gebückt, vorwärtsgehen. Ueberall kommen wir an Abzweigungsbauteilen mit Hand- und Spindelshiebern vorbei, auch passieren wir ab und zu eine größere Spültüre, denn wir befinden uns jetzt in einem Kanal, der in Zeiten der Spülperioden als Spülbehälter Verwendung findet. Die Spültüren, welche bis zur Hälfte das Profil abschließen, werden dann geschlossen, das Wasser angestaut, und dann, nach Erreichung einer gewissen Stauhöhe, gewöhnlich bis zum Ueberlauf der Spültüren, die Hand- oder Spindelshieber in den Abzweigungsbauteilen geöffnet, durch welche der Spülstrom durch die Nebenkanäle geleitet wird. Der so künstlich geschaffene Spülstrom nimmt alle leichteren und schwereren Eintragsstoffe mit, welche sich von einer bis zur anderen Spülperiode ablagern. Eine Gruppe von vier Kanalarbeitern, die wir treffen, ist gerade mit der Spülung der Kanäle beschäftigt. Sie erzählen uns, wie sie in ihren schweren Stiefeln straßauf, straßab wandern, fast an jeder Straßentkreuzung einen Schacht bestiegen, um den Seiteneingang zu reinigen. Diese Kanalarbeit kann nur beim Spülen der Kanäle vorgenommen werden, weil es an manchen Straßen an Wasser fehlt, und das tägliche Verbrauchswasser der Nebenkanäle dazu nicht ausreicht. Manchmal sind diese Seiteneingänge, besonders nach starkem Gewitterregen,

bis zur Schachtöffnung mit Wasser gefüllt; dann setzt sich der Schlamm auf die Sohle, am Mauerwerk und am Gewölbe fest und muß dann nach Eintreten normaler Verhältnisse entfernt werden, um üblen Duff von der Straße fernzuhalten. Die Kollegen dieser Spülkolonne schließen die eiserne Spültüre hinter uns und sperren so das zukommende Wasser ab, damit es uns möglich ist, unseren unterirdischen Weg fortzusetzen. Wir befinden uns schon im Bereiche des Rückstaues, von einem Sammelkanal her. Bis an die Knie waten wir schon im Wasser. Mauerwerk und Gewölbe ist mit einer nassen, schlammigen Schlammschicht bedeckt. Durch Fugen, kleine Risse, unbenutzte und benutzte Einlaßstücke haben sich die Saugwurzeln der Alleebäume einen Weg ins Kanalinnere gebahnt und hängen in langen Fäden vom Kanalschettel herunter, oder verstopfen als Wurzelballen die Einlaßstücke. Ein lautes Schauern überkommt uns in diesen Höhlen. Als einzige Lebewesen sitzen an trockener Stellen Frösche und blauäugige Kröten. Aus den Nebenkanälen hören wir das Pfeifen der Ratten, welche hier Justiz suchen. Eine Abwechslung in diese Stimmung bringt das muntere Blätschern der laufenden Einlaßstücke, durch welche unserem Wasserlein immer neue zugeführt werden. Trotz der Erweiterung und des größeren Ausmaßes des Profils, in dem wir uns jetzt befinden, wird das Gehen und Fortbewegen recht schwierig, denn außer dem hohen Wasserstand macht sich jetzt auf der Kanalsohle eine 20 Zentimeter hohe Schlamm- und Sandschicht bemerkbar. Schon erweitert sich wieder das Profil, gleich einem großen Tunnel mit 1,75 Meter Höhe, 1 Meter Breite, und nimmt uns in sein Inneres auf. An großen eisernen Spültüren und Verbindungsbauteilen führt unser Weg vorbei.

Ueberall empfängt uns Geplätscher und rauschendes Getöse der Einlaßstücke, welche diesem Sammelkanal fortgesetzt neuen Inhalt zuführen. Auch durch die Verbindungsbauteile der einmündenden Neben- und Abgangkanäle strömen die Fluten der Abwässer in den Hauptkanal. In den Lichtlöchern unserer Sicherheitslampe mischt sich plötzlich ein heller Schein des Tageslichts, welches durch einen geöffneten Schachtdeckel eines großen Seiteneinganges in das Kanal-

auch kleine Werke organisatorisch zusammenschließen. Vor allem ist vorichtigste Kalkulation in allen Dingen notwendig.

Die Aussprache eröffnete Direktor Schumacher von der Frankfurter Gasgesellschaft. Werke zusammenzuschließen, zu einer gemeinsamen Versorgung, wie sie Herr Deferberg vorgeschlagen habe, sei teuer, ein großes zentrales Werk sei rationeller. Je größer das Werk, desto billiger arbeite es. Bis zu einer bestimmten Entfernung sei Gas ebenso, ja noch besser zu leiten als Elektrizität. In Amerika habe man Leitungen bis 300 Kilometer mit 60 Atmosphären Gasdruck. Das Zentralwerk müsse in der Stadt entstehen, in der es selbst den meisten Abfall findet. Ganz Hessen könne mit dem Frankfurter Gebiet zusammen mit Gas beliefert werden. Wirtschaftlich könne das Gasfernwerk nur sein, wenn es in Frankfurt und mit dem Frankfurter Gebiet zusammen ersthe. An der Beteiligung des RWE. in der Frankfurter Gasgesellschaft dürfe man sich nicht stoßen, nur die Frankfurter Kommunalpolitik bestimme die Geschäftsleitung der Gasgesellschaft, das RWE. sei darauf ohne Einfluß, bringe aber durch seine Beteiligung die Selbstverbraucherrechte des Kohlenyndikats ein, die dem Werk reine Gasstammkohle zuführt, die sich völlig verzehren läßt. Da der Frankfurter Betrieb in Kürze auf Kokerlei umgestellt wird, könne er mit geringeren Kosten als eine Reuanlage, auf eine Betriebsleistung von 200 ja bis 300 Millionen Kubikmeter gesteigert werden, die in Ferndruckleitungen ganz Hessen und den Rheinbezirk versorgen können. Bei der wirtschaftlichen Gestaltung der Gasversorgung könne man an dem großen Wirtschaftsgebiet von Frankfurt a. M. nicht ohne Schaden für die Wirtschaftlichkeit der Gasfernversorgung vorbeigehen.

Aus der weiteren Aussprache können wir nur wenige Sätze von Plene-Frankfurt wiedergeben: Man muß sich daran gewöhnen, ohne Voreingenommenheit wirtschaftlich rational zu denken. Man muß erkennen lernen, daß Kohle in Zukunft nicht mehr Kraft, sondern Rohstoff für die chemische und Gasindustrie sein wird. Ohne partikuläre Interessen muß man sich mit den Zukunftsmöglichkeiten der Technik beschäftigen. Wenn durch Gasfernversorgung heute schon die Möglichkeit bestehen würde, Gas durch Fernleitungen direkt aus dem Ruhrgebiet als der Kohlenquelle, billiger als es hier produziert werden kann, nach Frankfurt zu leiten, würden wir auf einen Aus- und Neubau des Frankfurter Gaswerkes verzichten. Ebenso ist es bei der Elektrizitätsversorgung. Die Verbindung der schwarzen und weißen Kohle, Kohle und Wasserkraft, sei unausfallsam und verbillige die Stromkosten so erheblich, daß kein lokales Werk konkurrenzfähig bleibt. Dem muß man sich anpassen. Wenn für Frankfurt und Hessen ein Gaswert zur Produktion und deren

Verbilligung genüge, dürfe man nicht ein separates Werk schaffen.

Im Schlußwort macht der zweite Referent darauf aufmerksam, daß das Werk Böhlersheim kaum noch leistungsfähig sei. Der Staat hätte auch mit der RWE. nicht so zusammen gehen sollen, wie er es getan. Technisch sei es falsch, lange Gasleitungen zu schaffen, da zu große Störungen zum Nachteil der Konsumenten vorkommen könnten. Bei der Preisgestaltung ist der Aufsichtsrat der großen Werke oft sehr machtlos.

Die Zusammensetzung einer Studienkommission wurde zwecks besserer Regelung dem Landesvorstand übertragen.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die Konferenz der Arbeitsminister in London. In der Zeit, in welcher in Genf die Böhlersheimdelegierten verammelt waren, hatten sich die Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Italien und Belgien in London zusammengefunden, um die Möglichkeit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß eine wesentliche Annäherung der einzelnen Länder erreicht wurde.

Nach den offiziellen Veröffentlichungen der Konferenz soll sich der Artikel I der Washingtoner Konvention über die 48-Stunden-Woche auf alle industriellen Unternehmungen beziehen, ganz gleich, wie viele Personen in dem Unternehmen beschäftigt sind. Ausgenommen sind nur diejenigen Betriebe, in denen Mitglieder derselben Familie arbeiten. Der eigentliche Post-, Telegraphen- und Telephondienst soll den Bestimmungen des Abkommens nicht unterliegen, dagegen die Instandhaltungsarbeiten. In Artikel II ist beschlossen worden, daß die Arbeitsstunden die Zeit umfassen, während denen die Beschäftigten zur Verfügung des Arbeitgebers stehen. In die Arbeitsstunden nicht eingeschlossen sind die Ruhepausen. In Artikel V des Abkommens wurde vereinbart, daß die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung auch auf das Baugewerbe finden können. Zu Artikel VI wurde bestimmt, daß der Begriff „im wesentlichen zeitweilige Arbeit“ sich nur auf Pförtner, Wächter, Feuerwehrlente und andere Arbeiter bezieht, die mit der eigentlichen Produktion nichts zu tun haben, und deren eigentliche Arbeit durch lange Pausen unterbrochen wird, während deren sie weder eine körperliche Tätigkeit noch eine ständige Aufmerksamkeit aufzuwenden haben. Zu Artikel VI b wurde vereinbart, daß die Höchstgrenze der Ueberstundenzahl durch die nationale Gesetzgebung bestimmt werden soll. Bezüglich der Entlohnung der Ueberstunden wurde beschlossen, daß die in Artikel V vorgesehene Mindestzulage von 25 Proz. obligatorisch ist. Die 48 Arbeitsstunden in jeder Woche auf fünf Tage zu

dunkel fällt. In diesem Seiteneingang empfangen uns 4 Kanalbetriebsarbeiter, welche uns darauf aufmerksam machen, daß unterhalb des Seiteneingangs ein großer Spülwagen in Tätigkeit ist, der das gewaltige Getöse verursacht. Mit dem Ausbleten der letzten Kraft durchwaten wir den hohen Wasserstand, der hier eine Höhe von über einem halben Meter erreicht hat. Auch die Schicht der Ablagerung hat sich auf 30 Zentimeter erhöht. Das ungeheure Verbindungsbaumwerk der beiden Hauptstammkanäle, das einer unterirdischen Kapelle gleich, nimmt uns auf. Mit einer gewaltigen sich steigenden Geschwindigkeit rasen die schäumenden und gischenden Fluten aus dem Proßil heraus. Die ausgefüllte und ausgegohene Sandschicht von beträchtlicher Höhe und einer Festigkeit, die einer Straßendecke gleich, müssen wir übersteigen. Je mehr wir uns dem Spülwagen nähern, um so höher wächst der Sandberg, und bald erweist sich ob dieses Sandberges das Kanalprofil, trotz seiner Höhe von 1,85 Meter, als zu niedrig. Der Rücken gleitet am nassen, schlammbedeckten Gewölbe dahin, um vorwärtszukommen fügen wir uns mit beiden Händen in den Sand. Immer gewaltiger und imposanter wird das Schauspiel. Je mehr wir uns dem Spülwagen nähern. Die rasenden Fluten wühlen den Sandberg auf, schieben ihn zu kleinen Bergen zusammen, an dem sich mit donnerndem Getöse die dahinsausenden Wellen brechen. Vor dem Spülwagen erreicht das gigantische Schauspiel seinen Höhepunkt. Gleich einem Ungetüm ragt er aus den ihn umlosenden Wasser-massen heraus. Ein großer Bestrafen von starkem Eisenblech, durch Einzelrippen verstärkt, ruht auf einem Unterbau mit zwei kleinen Nubern, welche zum Fortbewegen auf der Kanalschleife dienen. Die hintere Öffnung des Wagens ist viel größer als die vordere. An den hinteren Seitenwänden ist, um eine Reibung am Mauerwerk des Kanals zu vermeiden, ein Bürstentreifen befestigt. Ebenso sind in der vorderen Hälfte Bürstentreifen angebracht, welche den ganzen Wagen nach hinten abschließen. So wird das zulließende Wasser gezwungen, in die hintere große Öffnung des Spülwagens einzulaufen, und damit die Kraft des Wassers, das den Wagen durch die bedeutend verjüngte vordere Öffnung verlassen muß, un-

geheuer verstärkt. Eine gewaltige Spülwelle entströmt dem Wagen, unterhöht dauernd den Sandberg, der eine Länge von 70 bis 80 Meter und eine Höhe von 1 Meter bis 40 Zentimeter hat, und hält ihn fortwährend in Bewegung. Ist auf eine kurze Strecke die Kanalschleife freigeputzt, so schieben die hinten angeflauten Wasser-massen, die eine Höhe von 1,40 bis 1,60 Meter haben, den Wagen nach vorn. So transportiert dieser Spülwagen auf einer Strecke von 1 Kilometer 50 bis 60 Fuhren Sand vor sich her nach jener Stelle im Kanal, wo bei stärkerem Gefälle keine Ablagerungen vorkommen und die Sandmassen von selbst zur Kläranlage abfließen. Nachdem wir diesem imposanten Schauspiel noch eine Weile zugehört haben, begeben wir uns auf den Rückweg zum Verbindungsbaumwerk, wo wir hergekommen sind. Hier weitet sich der Kanal nach allen Seiten und wir sind froh, das wir endlich einmal die Glieder retten und geradestehen können. Von der überwundenen Anstrengung strömt Schweiß aus allen Poren, ein leises Ritzern geht durch den Körper und der Atem geht tief und schnell. In der erzwungenen kurzen Ruhepause erzählen uns die Kollegen, die den Spülwagen bedienen, daß diese Arbeitsmethode der mechanischen Entfernung von Ablagerungen in den Kanälen noch nicht lange bekannt ist. Eine jahrzehntelange Entwicklung war notwendig, bis von der primitiven Arbeit früherer Zeiten zu dieser besseren Methode übergegangen werden konnte. Diese moderne Arbeitsmethode läßt sich aber leider nur dort anwenden, wo genügend Wasser vorhanden ist, so daß es immer noch weite Kanalschleifen gibt, wo wie vor Jahrzehnten gearbeitet werden muß.

Man stelle sich vor: Eine Kolonne von 4 bis 6 Mann begab sich mit Sicherheitslaube, Laubholz und Kraxe in einen Kanal von 65 Zentimeter Höhe, in dem eine Ablagerung von 10 bis 15 Zentimeter vorhanden war, so daß nur 75 Zentimeter Raum für die Bewegung des Menschen übrig blieb. Welche Qual muß es sein, dort arbeiten zu müssen? Auf einer Wegstrecke von etwa 200 Metern wurde mit den Kraxen die Ablagerungsschicht aufgelockert, damit das durchfließende Wasser den aufgehauten Schlamm und Sand fort-schwemmen konnte. Die trotzdem übrigbleibende Ablagerung wird

ektor
ormy
terere
n die
ie
fets
ände)
ungs-
wird
Pro-
das
e gibt
ch die
über-
habe
chtigt,
ndlich,
s sind
nd im
hrichtig
t und
hen.
chtigen
n dem
e er-
eligen
Regie.
chtung
chtigen
bessere
rößten
tungs-
abelten.
ot der
Biel-
rioalen
g kann
erlangt
gebildet
Werken
erlassen
nfluß
nn sich

ich der
est und
werden,
i dieser
sperren
unseren
Bereiche
e Nrie
it einer
leine
Saug-
nt und
er ver-
n über-
gen an
Neben-
Zustucht
munters
Wässer-
und des
essenden,
her dem
0 Zent-
erweitert
5 Meter
uf. An
rt unser

stöße der
Inhalt
indenden
r in den
e mischt
ch einen
s. Raumb-

verteilen oder in zwei Wochen auf 11 Tage ist statthaft. Bezüglich der Eisenbahnbetriebe wurde beschlossen, daß diese dem Abkommen unterliegen. Falls die Bestimmungen der Artikel V und VI a den Bedürfnissen der Eisenbahn nicht entsprechen sollten, so ist eine notwendige Ueberstundenzahl erlaubt. In den Fällen, in denen es die Gesetzgebung des Staates gestattet, daß über die 48-Stunden-Woche hinaus gearbeitet wird, um die Zeit nachzuholen, die durch Urlaub verloren gegangen ist, sollen derartige Arbeitsstunden in die Höchstzahl der Ueberstunden eingeschlossen werden, die in Artikel VI festgelegt ist. Zu Artikel XIV wurde beschlossen, daß jede Regierung verpflichtet ist, den Artikel zur Durchführung des Abkommens aufzunehmen. Ferner ist vereinbart worden — von Großbritannien unter Vorbehalt —, daß die Bestimmung des Artikels XIV, die die Ausherrschung der 48-Stunden-Woche regelt, nur im Falle einer Krise anzuwenden ist, die die nationale Wirtschaft derartig in Mitleidenschaft zieht, daß sie die Existenz des ganzen Volkes bedroht, nicht aber bei Krisen, die lediglich einzelne Zweige der Industrie gefährden. Zum Schluß wird erklärt, daß der deutsche, der englische und der französische Text in gleicher Weise maßgebend sein sollen. Die Beschlüsse der Konferenz sollen sowohl den Regierungen der vertretenen Länder als auch dem internationalen Arbeitsamt unterbreitet werden.

Soweit die offizielle Verlautbarung. Nicht alles ist erreicht, was die Gewerkschaften zum internationalen Schutze der Arbeitskraft gefordert haben. Dennoch bedeuten die Ergebnisse der Konferenz einen Fortschritt. Vor und während der Abreise des deutschen Arbeitsministers versuchten die deutschen Unternehmer durch Einschüchtlungen und lauten Lärm in ihren Organen die Stellung des Herrn Dr. Brauns zu erschweren. Es ist ihnen nicht gelungen. Das in London Erreichte festzuhalten und die Ratifizierung in allen Ländern auch wirklich durchzubringen, muß Sache der organisierten Arbeiterkraft sein. Die ganze Kraft ist nötig.

• Aus den Gemeinden •

Bassau. Die gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter am 10. März, die gemeinsam mit der christlichen Organisation einberufen wurde, befaßte sich mit der Frage der Entkommunalisierung der städtischen Straßenreinigung. Als Referenten waren Gauleiter Weigl und Bezirksleiter Weigler von der christlichen Organisation erschienen. Beide wiesen an Hand von Material nach, daß ein derartiges Vorgehen sich nur zum Schaden der Stadt auswirken müßte. Werhalb und warum plötzlich eine Entkommunalisierung der Straßenreinigung vorgenommen werden soll, ist nicht einzu sehen. Schon deshalb nicht, weil die Löhne dieser Arbeiter durchaus nicht

auf einer Höhe sind, daß sie den Betrieb besonders verteuern. Bei Privatwirtschaft tritt neben den Löhnen der Arbeiter doch auch noch der Profit des Arbeitgebers hinzu. Die Folge wäre, daß die Hausbesitzer zu Mehrleistungen herangezogen würden, die sie wieder auf die Mieter abwälzen und so fern das nach dem augenblicklichen Gesetz nicht möglich ist, die Steuerzahler die Mehrkosten zu bezahlen haben. Aber auch die alten Arbeiter, die bei dem Privatunternehmen in Ungnade stehen, würden damit ihrer Arbeit verlustig gehen. Sie wären auf die Hilfe der Stadt, sei es durch das Wohlfahrtsamt oder durch die Armenpflege, angewiesen. Auch diese Kosten hätten die Steuerzahler bestimmt zu bezahlen. — Stadtbaurat Kehler verteidigt den 1. Bürgermeister der Stadt. Er führte aus, daß zwar ein diesbezügliches Gesuch von einem Privatmann an den Stadtrat gestellt wurde, daß aber der Stadtrat selbst darüber noch nicht gesprochen hätte. Es handle sich auch nicht um die gesamte Straßenreinigung, sondern nur um die Reinigung der öffentlichen Plätze und Straßen, die der Stadt zufallen. Die Hausbesitzer reinigen ihre Straßen wie bisher selbst. Von den anwesenden Stadträten sprachen sich ein in der Diskussion dahin aus, daß gar keine Rede von einer Entkommunalisierung der Straßenreinigung sein kann, sondern, daß Bassau als Fremdenstadt gewertet, über kurz oder lang gezwungen sein wird, die gesamte Straßenreinigung in eigene Regie zu übernehmen. Ein Stadtrat sprach sich besonders scharf zugleich in Vertretung der Hausbesitzer gegen die Entkommunalisierung aus. Dadurch dürfte nun der Angriff gegen diesen Kommunalbetrieb abgemieden sein. Nachstehende Entschließung gibt den Herren Stadträten die Möglichkeit, ihr in der Berammlung gegebenes Versprechen wahr zu machen, indem sie nicht entkommunalisieren, sondern den Rest der Straßenreinigung ebenfalls der Stadtrege übertragen.

Entschließung: Die Arbeiterkraft der städtischen Betriebe ohne Unterschied der Organisation nimmt in zahlreich besuchter Versammlung im Saale des Rebowtengebäudes Stellung zu der beschriebenen Entkommunalisierung der städtischen Straßenreinigung und fordert den Stadtrat auf, einem solchen Ansinne die Zustimmung zu verweigern. Die Versammelten sind der Auffassung, daß die Entkommunalisierung weder im Interesse der Stadt, noch der Hausbesitzer und der Einwohnerschaft der Stadt Bassau gelegen sein kann. Eine kommunalisierte Straßenreinigung gibt Gewähr dafür, daß alle Arbeiter, die im Interesse des Gemeinwohlens, des öffentlichen Ansehens und des Fremdenverkehrs gelegen sind, durch die Aufsichtsorgane und Arbeiter des Stadtrats durchgeführt werden. Bismarckswort erhebt auch, daß die bisher nicht kommunalisierte Straßenreinigung ebenfalls von der Stadt übernommen wird. Aus den hier vorgebrachten Gründen appelliert die Versammlung an die Stadtbetriebe der Stadt Bassau, den Beschreibungen, die Straßenreinigung einem privaten Unternehmen zu überlassen, ihre Zustimmung zu verweigern. Die Versammlung behält sich vor, wenn notwendig, in dieser Angelegenheit an die gesamte Einwohnerschaft der Stadt Bassau zu appellieren.

mit den Krügen hinausgezogen. Diese Art Reinigung wird so lange wiederholt, bis die Sohle frei ist. In den größeren Profilen sowie auch in den kleineren ging man später dazu über, den Sand mittels Schubkarren und kleinen Wägelchen nach dem nächsten Seiteneingang zu transportieren und von da aus mittels Haspel an die Erdoberfläche zu befördern und ihn dann abfahren zu lassen. Auch in dieser Unterwelt rang man mit den Problemen der Technik und suchte diese menschenwürdige Arbeitsmethode durch eine bessere zu ersetzen. Dies gelang auch, indem man zuerst Kanalschlitzen einführte, dieselbe von Etappe zu Etappe verfeinerte, bis es zuletzt gelang, obigen gefährdeten Spülwagen zu konstruieren, der nun so ziemlich in allen Profilen die Ablagerung auf mechanische Art entfernt. Aber wie aus der vorhergehenden Schilderung des Spülwagens und seiner Handhabung hervorgeht, sind mit seiner Einführung noch keine paradisißchen Zustände für die Kanalarbeiter geschaffen, obwohl immerhin schon gegen früher viel gewonnen ist, aber mit der rasch fortschreitenden Entwicklung der Automobilindustrie erwachsen den Kanalarbeitern stets neue Gefahren durch die feuergefährlichen Abwässer, welche den Kanälen zugeführt werden.

Nun wollen wir unser Verbindungsbauwerk verlassen und uns nach dem vorerwähnten Seiteneingang begeben. Verschiedene Spültüren werden geschlossen, um das Wasser anzustauen, damit wir unsere unterirdische Reise fortsetzen können. Schwere Hammerschläge dringen an unser Ohr. Wir folgen diesem Geräusch, bald ist die Stelle erreicht und wir finden zwei Kollegen, welche mit der Reparatur und Instandsetzung einer großen eisernen Spültüre beschäftigt sind. Dieselbe erhält einen neuen Anstrich mit einem besonderen Rostschutzmittel und wird nach Möglichkeit gut gangbar gemacht. Die Kollegen sagen uns, daß in gewissen Zwischenräumen alle Eisenteile in den Kanälen auf solche Art instandgesetzt werden müssen. Wir kehren durch unseren Abgangskanal wieder in den Hauptkanal zurück. Inzwischen hat sich das Kanalprofil wiederum vergrößert und wir befinden uns jetzt in einem der größten Hauptkanäle des Frankfurter Kanalsystems, der eine Weite von 1,60 Metern und eine Höhe von 2,10 Metern hat. Wir müssen nun

schneller gehen, denn der Arbeitstag geht zur Reize und vor Arbeitsluß werden die hinter uns geschlossenen Spültüren wieder geöffnet. Bald ist das Düsterbauwerk erreicht, an dem wir diese unterirdische Welt verlassen wollen. Wir haben inzwischen den gewaltigen Erweiterungsbau erreicht und steigen von der Kanalschleife hinauf auf das Podest, um von hier aus dann den Weg ins Freie zu nehmen. In dieser Anlage sind wir am Ende des gemauerten Profils. Rechts von uns befindet sich ein in den Fluß einmündender Notauslaß von riesigem Ausmaß. Die Abwässer werden von hier durch vier große eiserne Röhre von 75 Zentimeter Durchmesser unter dem Fluß durchgeleitet, wo dieselben drüben am anderen Flußufer in die Kläranlage einmünden. Gemaltiges Geölse zwingt unseren Blick nach hinten; wir sehen die angestauten Wassermassen, welchen durch Deffnung der Spültüren freier Lauf gegeben wurde, den Kanal durchzuströmen. Sie wälzen sich an unserem erhöhten Standort vorbei, um sich dann jäh in die Düsterrohre hineinzustürzen, um damit unseren Blicken zu entweichen. Wir sagen der Anlage Lebewohl und steigen durch eine eisernen Wandtreppe ins Freie hinaus. Welt draußen an der Peripherie der Stadt, in einer Kleingartenkolonie, erblicken wir wieder das Tageslicht. Der Vorfrühlingstag geht zur Reize. Vagabund blauer Himmel grüßt auf matter Erde hernieder, die sinkende Sonne im Westen wirft ihr letztes Gold über die Sträucher und Bäume der Laubentkolonie, ein würziger frischer Erdbrauch entströmt dem Boden. Die reine Luft trinken wir in vollen Zügen.

Schwer und mühevoll war unser Weg! Der Schutzhang ist von innen und außen durchnäßt und trägt die Spuren des Kanals zur Schau. Nach einer gründlichen Säuberung fühlen wir uns wie neu geboren. Unsere Ruhjol war aber nicht vergebens, denn wir haben das Joch der dunklen Welt kennengelernt, in die Verbandskollegen ihre schwere gesundheitsschädliche und sicher nicht anziehende Arbeit verrichten müssen, um die Sauberkeit der Großstadt und damit die Gesundheit ihrer Einwohner zu erhalten. Diese Kenntnis verdanken wir unserem achilles weggeschütteten „Wasserlein“, dem wir heute auf seinem langen Wege durchs Kanalnetz gefolgt sind. G. U.

Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Bei der Gewährung von Dienstprämien nach 25jähriger Tätigkeit wurde nach dem Erlass des Reichsfinanzministeriums die geleistete Militär- und Kriegsdienstzeit nicht in Anrechnung gebracht. Dieser Erlass hat insbesondere unter den Kriegsteilnehmern berechtigige Empörung ausgelöst. — Wir haben sofort nach Bekanntgabe des Erlasses in schärfster Form mündlich und auch schriftlich hiergegen Stellung genommen, mit dem Ergebnis, daß nunmehr das Reichsfinanzministerium einen neuen Erlass herausgegeben hat, der unseren berechtigten Beschwern den Rechnung trägt. Indem wir den Wortlaut des neuen Kundenerlasses bekanntgeben, machen wir darauf aufmerksam, daß auch das preussische Finanzministerium im Preussischen Befehlsblatt einen ähnlichen Erlass veröffentlicht.

Der Reichsminister der Finanzen. Berlin, den 23. März 1926. I B 3640/I C 4743. Betr.: Dienstprämien für die Reichsarbeiter.

Auf Anregung mehrerer Reichsressorts und von Arbeitnehmerseite erkläre ich mich in Wänderung der Nr. 2 meines Rundschreibens vom 8. November 1925 — I B 21503/I C 19804 — damit einverstanden, daß den Arbeitern, die bei Beginn ihres Kriegsdienstes oder, sofern er diesem unmittelbar vorausgegangen ist, des Friedensdienstes im Heer oder der Marine, im Reichs- oder Staatsdienste tätig waren und binnen 4 Wochen nach ihrer Entlassung aus dem Kriegsdienste sich wieder um Beschäftigung im Reichs- oder Staatsdienst beworben und auf Grund dieser Bewerbung dort Beschäftigung gefunden haben, bei der Berechnung der Dienstzeit für die Gewährung der Dienstprämien die zwischen Mobil- und Demobilmachung liegende Zeit des Heeresdienstes oder des Dienstes bei der Marine voll angedröhnet wird. Die Zahlung der fraglichen Dienstprämien kann erst für Rechnung des Haushalts für 1926 erfolgen. Im Auftrage. Dr. Reichelt.

Berlin. Die stark besuchte Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter am 23. März beschäftigte sich mit der Auswirkung des Eisenbahnkonflikts auf ihre Lohnverhältnisse. Die Referenten waren die Kollegen Stetter von unserem Hauptvorstand und Neundorf vom Einheitsverband der Eisenbahner. Während Neundorf chronologisch die Vorgänge seit Beginn der ersten Lohnverhandlungen mit der Reichseisenbahngesellschaft im Herbst 1925 den Versammlungsbesuchern vor Augen führte und dabei das Verhalten der Reichseisenbahngesellschaft zum verbindlich erklärten Schiedsspruch besonders scharf geißelte, legte Kollege Stetter in seinen Ausführungen klar, daß die Reichs- und Staatsarbeiter unbedingt an der weiteren Entwicklung des Streites im Eisenbahnkonflikt interessiert sind, denn damit hänge die Regelung ihrer Lohnbedingungen immer noch zusammen. Wenn auch nach Beendigung der Inflationsperiode die Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr gemeinsam geführt werden, so hängen wir doch noch von der Lohngestaltung der Eisenbahner ab. Der beste Beweis dafür ist, daß das Reichsfinanzministerium die Durchführung des verbindlich erklärten Schiedsspruches im Eisenbahnkonflikt, welcher auch auf die Reichs- und Staatsarbeiter Anwendung finden sollte, verweigert, bis der Konflikt zwischen Reichsregierung, Reichsbahn und den Eisenbahnern beigelegt ist. Infolge der ausführlich gehaltenen Referate wurde von einer Diskussion abgesehen und folgende Resolution einstimmig angenommen.

Die am 25. März 1926 im Lehrervereinshaus tagende Mitgliedsversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion: Reichs- und Staatsbetriebe, Filiale Groß-Berlin, nimmt mit Entrüstung Kenntnis vom dem Verhalten der Reichsbahn gegenüber ihren Arbeitern in der Durchführung des verbindlich erklärten Schiedsspruches. Wenn auch das Landgericht der Auffassung der Reichsbahn beiträgt und die Klage der Eisenbahnerorganisationen abweist, so ist diese bedauerliche Tatsache auch nur ein Glied in der Kette der Fehl- oder Tendenzurteile der Justiz in der heutigen Zeit. Die Versammelten sprechen den Eisenbahnarbeitern ihre vollste Sympathie für die Erlämpfung ihres Rechtsstandpunktes aus. Dem Reichsfinanzministerium rufen die Reichs- und Staatsarbeiter zu: laßt ab von den Verhandlungsmethoden der privaten Unternehmer, die das RFR. in der Verhandlung vom 18. März den Gewerkschaften gegenüber anzuwenden glaubte und erfüllt die gerechten Forderungen der Reichs- und Staatsarbeiter in dem Ausbau sozialer Arbeitsbedingungen und menschenwürdiger Lohnverhältnisse sowie der sofortigen Einführung einer Rubelohn- und Hinterbliebenenversorgungskasse. Vom Verbandsvorstand wird erwartet, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln bestrebt ist, für die Durchführung der vorgenannten Forderungen einzutreten. — Die Versammelten geloben alles zu tun, um in kürzester Frist den letzten Unorganisierten dem Verbande zuzuführen, denn nur durch eine geschlossene Organisation der Reichs- und Staatsarbeiter kann es erreicht werden, die gegenwärtigen Widerstände des RFR. bei allen Verhandlungen, welche die Gewerkschaften in der Verbesserung der Tarife zu führen haben, zu befeitigen.

München. In einer gut besuchten Reichs- und Staatsarbeiter-versammlung hielt Kollege Stetter (Berlin) einen Vortrag über: „Der Existenzkampf der Reichs- und Staatsarbeiter“. Einleitend demonstrierte er der Versammlung den Unterschied zwischen eingereichten Bittschriften, Denkschriften, gnädigst zugelassenen Abord-

nungen von früher gegenüber dem jetzt mit den Gewerkschaften geschaffenen Rechtszustand durch die abgeschlossenen Lohn- und Tarifverträge. Die Haltung der Reichs- und Länderregierungen bei in ihrer Lohn- und Tarifpolitik, wie in der Regelung der Arbeitszeit, Sozialbestimmungen, in den Verträgen und Schaffung einer Rubelohnversorgung die Einflüsse der Privatindustrie stark erkennen lassen. Die Behandlung und Sabotage der durch die Verbindlichkeit Geleg gewordenen Schiedssprüche der Eisenbahner durch die Reichsbahngesellschaft unterzog er einer scharfen Kritik, wobei er bemerkte, daß eine größere Rücksicht von Befehlen sich wohl niemand erlaubte. Nach den mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Darlegungen setzte eine lebhaft und sachliche Aussprache ein. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde gegen die Haltung der Reichs- und Staatsregierung in ihrer Stellungnahme zu den gestellten Lohn- und Tarifverträgen scharf protestiert, den Eisenbahner in ihrem Lohnstreit mit der Reichsbahngesellschaft die volle Sympathie ausgesprochen und gelobt, unermüdet tätig zu sein für die Ausbreitung unseres Verbandes unter den Reichs-, Staats- und Gemeindefunktionären. Zur Reichskonferenz in Hannover wurden die Kollegen Wagner und Roser delegiert, in die Verbandstarifkommission die Kollegen Moser und Doppelhammer.

Umgang von Gehaltsvorschriften. Der Reichsminister der Finanzen hat unter dem 13. März ein Schreiben an die nachgeordneten Dienststellen herausgegeben, dessen Inhalt wir unseren Kollegen hiermit bekanntgeben:

II A 4795/III P 7665. Im Nachgang zu meinem Rundschreiben vom 2. November 1925 — II A 19729/III P 27175/IV 7676 — (Bef. 4) — erkläre ich mich damit einverstanden, daß die weitere Umgang der bisher auf Grund der Richtlinien für die Gewährung von Gehaltsvorschriften in besonderen Fällen (RRefBl. 1924, Seite 137) gewährten oder noch zu gewährenden Gehaltsvorschriften auf Antrag bis Ende Mai 1926 ausgesetzt wird. Die nächste Richtungsrate wird also gegebenenfalls bei der Zahlung der Dienstbezüge für den Monat Juni 1926 fällig.

Aus unserer Bewegung

Bremen. Nach dem Erlass der Reichsregierung über die Gewährung von Dienstprämien nach 25jähriger Beschäftigung für die Reichsarbeiter reichte die Organisationsleitung ein Gesuch an den Senat ein, sich dem Borgehen des Reiches anzuschließen. Um eine Einheitsfront im Bereich des Arbeitgeberverbandes herbeizuführen, ging das Gesuch auch an die Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes, Der bremische Senat hatte das Rundschreiben des Reiches zur Kenntnis genommen und zur Akte gelegt. Der Bezirksarbeitgeberverband teilte mit, daß der das Schreiben der Organisation an den Reichsarbeitgeberverband zur einheitlichen Beschlußfassung weitergeleitet hätte. Der Reichsarbeitgeberverband ließ aber in langen Monaten nichts von sich hören. Inzwischen waren aber einige Städte im Bezirke zum selbständigen Handeln gekommen und hatten sich dem Reich angegeschlossen. Eine Aussprache mit dem Senator Meyer als Vorsitzenden der Senatskommission führte zu dem Ergebnis, daß er verprach, trotzdem ihm die Dienstprämie nicht sympathisch sei, auf Grund der Beschlußfassung einzelner Städte auch für Bremen eine erneute Prüfung nicht zu verhindern. Am 30. Januar 1926 erging dann von der Senatskommission ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Auf das Schreiben vom 23. Oktober 1925 betreffend die Gewährung von Dienstprämien hat der Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Gemeinden und Kommunalverbände erneut Anlaß zur Erörterung der Angelegenheit genommen. Der Arbeitgeberverband hat den von Bremen eingenommenen Standpunkt gebilligt, wonach ein Anlaß, dem Borgehen des Reiches zu folgen, nicht vorliegt.“

Aus diesem Schreiben geht eine sonderbare Einstellung des Arbeitgeberverbandes hervor. Bremen wollte, wie Senator Meyer sagte, die Dienstprämienfrage noch einmal prüfen. Dieses nimmt der Bezirksarbeitgeberverband zum Anlaß, zu der von ihm nach dem Reichsarbeitgeberverband geleiteten Sache zur einheitlichen Beschlußfassung und ohne eine Antwort von dort zu haben, nun selbst zu entscheiden und schließt sich dem Borgehen der Stadt Bremen an. Die Stadt Bremen hatte aber noch keinen ablehnenden Standpunkt geäußert, aber trotz alledem kommt der Arbeitgeberverband zur Ablehnung. Eigenartig ist noch dabei, daß einige Städte, die Mitglied des Arbeitgeberverbandes sind, die Dienstprämie beschloffen hatten, die Städtevertreter dann aber noch zur Ablehnung kommen und sich auf den Standpunkt Bremens berufen. Aber noch auffälliger wirkt der Beschluß des Arbeitgeberverbandes, wenn man weiß, daß die Stadt Wilhelmshaven am 20. Januar den Beschluß der Dienstprämie herbeiführte, also in den Tagen, als der Arbeitgeberverband zur erneuten Prüfung kam und ablehnte. Alle diese Vorgänge gaben Anlaß zur scharfen Kritik. Verbandsseitig wurde am 10. März der Senatskommission in Bremen ein weiteres Schreiben zugestellt,

welches auf das Vorgehen der anderen Städte im Bezirk hinwies und worin erneut um Prüfung des gestellten Antrages und Angliederung an die Beschlüsse der genannten Städte ersucht wurde. Hierauf erhielt die Organisation ein Rundschreiben an alle Behörden vom 18. März, woraus ersichtlich ist, daß der Bremer Senat beschlossen hat, sich dem Vorgehen des Reiches sowie der Länder anzuschließen. Damit haben auch die bremischen Staatsarbeiter die Gewährung von Dienstprämie nach 25jähriger Beschäftigung zu erwarten. Die Bestimmungen des Reiches finden nach dem Wortlaut des Rundschreibens sinngemäße Anwendung. Inwieweit Dienstprämie nach 40- bzw. 50jähriger Beschäftigung eintritt, bedarf besonderer Prüfung und Genehmigung.

Thohoe. In der Mitgliederversammlung am 10. März gab Kollege Ely bekannt, daß der Wegewärter Rohwedder durch einen Unglücksfall gestorben ist. Kollege Rohwedder ist einer derjenigen, welche mit zuerst erkannt haben, daß die Wegewärter dringend eine Organisation nötig haben. Er ist immer ein guter, pflichteifriger Kollege gewesen. Kollege Mähl hielt dann einen Vortrag über Vorschläge und Gegenvorschläge zum R.M.L. Gemeinbearbeiter. Allgemein wurde anerkannt, wie notwendig die Organisation ist, denn die Vorschläge des A.G.V. forderten bedeutende Verschlechterungen; nur durch strammes Zusammenhalten der Kollegen läßt sich etwas erreichen. Zum Schluß sagte Kollege Mähl, daß der R.M.L. jetzt mit kleinen Änderungen, worüber noch verhandelt werden soll, bis zum 31. März 1927 abgeschlossen ist. Kollege Ely gab noch bekannt, daß in Thohoe die Gemeinbearbeiter restlos bei uns organisiert seien, dies sei leider bei den Reichsarbeitern noch nicht der Fall. Hier muß die Agitation erneut einleiten.

Kosford. In der Funktionärssitzung wurden folgende Anträge zum neuen Bezirkstarif angenommen:

1. Der Lohn der unkündigen Arbeiter soll um 25 Proz. erhöht werden.
2. Die Diensthilfsarbeiter sollen den doppelten Satz der jeweiligen Schmutzzulage erhalten.
3. Der niedrige Satz der Schmutzzulage soll 5 Pf. betragen.
4. Das Schmutzgeld für Eimerabfuhr, Müllabfuhr und Reinigen der Sielleitungen soll 10 Pf. betragen.
5. Die Vorarbeiter sollen eine Zulage von 20 Proz. erhalten.
6. Für Arbeiten in der Gasreinigung sollen 10 Pf. gezahlt werden.
7. Bei Gasrohrbrüchen sollen 10 Pf. gezahlt werden.
8. Das Mantelgeld für die Kassenboten soll 2,50 Mk. pro Woche betragen.
9. Der jeweilige Stundenlohn vom 1. bis 4. Dienstjahre soll um je 2 Pf. steigen, so daß die höchste Dienstalterszulage nach 4 Jahren 8 Pf. beträgt.
10. Die mit Materialarbeiten auf dem Gaswerk beschäftigten ungelerten Arbeiter sollen den Lohn der angelernten Arbeiter nebst Schmutzzulage erhalten.

Diese Anträge stehen bei den Bezirkstarif- und Lohnverhandlungen in Schwerin mit zur Verhandlung.

Landstraßenwärter

Thüringen. In Nr. 12 der „Gewerkschaft“ brachten wir einen Artikel „Dienstprämien der Staatsarbeiter in Thüringen“. Darin wurde auch gesagt, daß das Bauamt Sondershausen zwei dienstliche Versammlungen zur Besprechung des Beitrittes zur Straßenwärtervereinigung angeführt habe. Unterm 10. November 1925 hatten wir beim Thüringischen Ministerium für Inneres und Wirtschaft Einspruch dagegen erhoben. Worauf endlich am 13. März ein Schreiben des Thüringischen Ministeriums für Inneres und Wirtschaft, Abt. Inneres, vom 8. März bei uns einging. Das Ministerium hat angeordnet, daß durch die Handlungsweise des Bauamts in Sondershausen und der übrigen Bauämter im allgemeinen der Anschein erweckt werden kann, daß die Straßenwärtervereinigung oder unsere Organisation bevorzugt werden. Die Bauämter werden deshalb angewiesen, künftighin ähnlichen Ersuchen, gleichwie von welcher Organisation sie gestellt werden, nicht mehr zu entsprechen. Wir sprechen hiermit die Erwartung aus, daß die Thüringischen Bauämter auch dieser Anweisung Folge leisten, weil wir den Nachweis führen können, daß Bauämter Verfügungen des Finanzministeriums bezüglich der Lohnzahlung der Straßenwärter nicht ausgeführt haben. Ferner sprachen wir u. a. den Wunsch aus, daß das Ministerium für Inneres und Wirtschaft, der Rat der Straßenwärter bei Gewährung des Ruhelohnes im Einzelfalle schneller Rechnung trägt. Dauernd laufen bei uns Beschwerden ein, daß Straßenwärter seit Monaten in Ruhestand versetzt sind, ohne daß sie seit dieser Zeit einen Pfennig Ruhegeld erhalten haben.

Herzberg a. S. In unserer Versammlung berichtete Gauleiter Schmidt über die Tätigkeit des Verbandes. Zum Betriebsrat für die Chauffeewärter wurde Kollege Schüppler, als Stellvertreter Hagemann, für die Landstraßenwärter Ziegenbein, Gushausen und Hartung gewählt. In den Filialvorstand wurden entsandt Ziegenbein, 1. Vorsitzender; August Holzappel, Kassierer; Karl Ziegenbein, Schriftführer; Schüppler und Bobrecht, Revisoren.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Verhandlungen unserer Reichsarbeitskommission mit dem R.M.L. im Reichsarbeitsministerium am 25. März 1925 unter dem Vorsitz des Herrn Bauer haben zu keinem Ergebnis geführt. Es wurde daher folgender Schiedsspruch gefällt:

Den Tarifstreit zwischen dem Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen hat die Schlichtungskammer, die der vom Reichsarbeitsministerium gemäß Art. 1 § 2 Abs. 1 Satz 2 der Schlichtungsordnung bestellte Schlichter gebildet hat, in ihrer Sitzung vom 25. März 1926, an der teilgenommen haben:

Die Herren Bauer, vom Reichsarbeitsministerium als Schlichter, Senator Weber, Bürgermeister Dr. Meiweg, Stadtrat Dr. Sternberg-Raafsch, Obermagistratsrat Dr. Vollbrecht, Oberstadtbaurat Samethed als Beisitzer auf Arbeitgeberseite.

Gewerkschaftsangehöriger Müntner, Schulz, Polenske, Ihle, Bezirksleiter Horkmann als Beisitzer auf Arbeitnehmerseite, nach erfolglosen Einigungsversuchen folgenden Schiedsspruch gefällt:

Der R.M.L. G. 1926 erhält folgende Fassung:

1. § 7 Ziffer 2: für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 25 Proz. gewährt.
 2. § 12 Ziffer 8: bleibt unverändert.
 3. Im § 13 in Satz 2 wird die Ziffer „50“ geändert in „100“.
- Die Sätze 3 und 4 werden gestrichen.

Berlin, den 25. März 1926. Der Schlichter: Bauer.

Erklärungsfrist für die Parteien untereinander und mit gegenüber 10. April d. J. Der Schlichter: Bauer.

Sitzung des Verbandsrats am 7. und 8. April 1926 im Görlitz.

Unser Verbandsrat wird am 7. und 8. April 1926 im Görlitz zum R.M.L. (Gemeinbearbeiter) sowie zum Schiedsspruch der R.M.L. Stellung nehmen. Ferner soll das Bildungsprogramm unseres Verbandes behandelt werden.

In der Bearbeitung des Wirtschaftsbezirks Nord-West und in der Bezeichnung der Gauen dieses Wirtschaftsbezirks ist folgende Änderung eingetreten:

1. Die bisherigen Gauen Lübeck und Riel sind zu einem Gau mit der Bezeichnung

Gau Schleswig-Holstein-Mecklenburg

unter der Leitung des Kollegen Mähl-Riel vereinigt.

2. Der bisherige Gauleiter für den Gau Lübeck, Kollege Bost, hat die Leitung der Filiale Lübeck übernommen.

3. Die Filiale Lübeck wird organisatorisch dem Gau Hamburg angegliedert. Der Verbandsvorstand.

Dem Verbands!

In Leid erkoren, in Not geboren
Bist du, Verband!
Daß du uns nütze, daß du uns stütze
Mit starker Hand!
Du schufest wacker aus hartem Ader
Fruchtbares Land!
Hast uns geführt, hast treu geschützt
Mut und Verstand!
Du gibst uns Kräfte und foderst Eifer,
Du bist das Pfand,
Das uns spendet, daß Schlechtes endet,
Durch dich, Verband!
So stehst du kräftig und pflegst geschäftig
Mit fester Hand
Die gute Sache. Als Schutz für Schwache
Wirfst du Verband!
So wirfst du schüßen und stets uns nützen
In Stadt und Land!
Daß Gutes sprizet und Egen fließet,
Gorast du Verband!

Farmer-Zigaretten!
 Statt 10 nur 6 Pf.
 10 cm groß, 100 Stk. Mk. 4,-, 200 Stk. nur Mk. 20,-
 Drei Hinas gegen Nacht. Preisliste umgehend.
 Fabr. Weckmann, Zigaretten-Fabriken, Itzehoe 18.

Brillantring!

(mit) massiv Gold
 8 Karat, (333 gestempelt), Ring-
 größte Papierstreifen
 zum Spottpreis von **2.60**
 Versand nur geg. Nachnahme
 od. Vorkassend. d. Betrag. (auch Briefmark.)
Versandhaus Heilmuth Meyer
 Berlin SW 68, Möckernstraße 133a

MÖBEL auf Teilzahlung
Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
 Kleinen, Klappgratier, Einzelstühle
 in gediegener Qualität, noch billig
 in Berlin: Lohrerstr. 57 / in Köln: Frankfurter Allee 33.

Selbststrasierer!
 Schärft eure Klingen
 oder Messer nur mit
 Schleifen unötig. Klingen stets wieder
 verwendbar. Packung m. Gebrauchsanw. 2 Mk.
Herman-Vertrieb, Berlin W 30/11
 Barbarossastraße 64. (F)

Reklamepreis nur 4 Mk.

die beste Werbe-Veranschaulichung ist die
 in der Hand des Kunden, ganz richtig, leicht
 zu lesen, die die Aufmerksamkeit des Kunden
 auf sich zieht und ihn zum Kauf anregt.
 Die besten Reklame-Veranschaulichungen sind
 die, die die Aufmerksamkeit des Kunden
 auf sich ziehen und ihn zum Kauf anregt.
 Die besten Reklame-Veranschaulichungen sind
 die, die die Aufmerksamkeit des Kunden
 auf sich ziehen und ihn zum Kauf anregt.

HERREN-ARTIKEL
Max Becker
 Berlin, Turmstr. 30 (im Innhof)
 Bekanntes Spezialgeschäft
 für Handschuhe, Kravatten,
 watten, Hüte usw. zu
 bekannt billigen Preisen.

Verblüffend billig ist die Teilnahme an
 Rundfunk
Für 10.- Mark monatliche Miete
 Eine komplett angelegte Radiostation inkl. Sahahörer
 einschl. Antenne u. kostenl. Überwachung. - Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.
Sprechmaschinen oder Eide inkl. Platten und Radio
 zu ganz besonders vorteilhaften bequemen Bedingungen
12 Schallplatten in elegantem Album.
 Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 3.75 p. Platte
6 Monatsraten à Mark 8.00
 Unverbindliche Vorführung: W. Uhlandstr. 27 (Laden). S. 42, Ritterstr. 11 (Hof).
 Geöffnet täglich von 8-7. - Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch
Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.
 Berlin S 42, Ritterstr. 11. - Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

Schriften zur Aufklärung u. Weiterbildung
 Sehen sich dieses
 Heft an.
**Die Unfallgefahren des Krankenpflegepersonals
 und die Unfallversicherungsgesetzgebung**
 Auf Grund des von der Rechtssektion Gesundheitswesen
 gesammelten Materials bearbeitet von Oskar Kurpat.
Preis 0,75 Mark, für Verbandsmitglieder 0,40 Mark.
 Bestellungen, die in der Reihenfolge ihres Einganges erledigt
 werden, sind zu richten an
Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsärzte
 Berlin SO. 33, Schöneische Straße 62
 Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 7422

**Bei uns Schuhe kaufen
 heißt Geld sparen.**
 Wie immer erhalten Sie bei uns
 Qualitätsware zu außerordent-
 lich billigen Preisen.
**Größte Auswahl in Damen-,
 Herren- und Kinder-Artikeln.**
F. Potolowski Nachf. (F)
 Gr. Frankfurter Str. 141 (Ecke Fruchtstr.)

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung
 beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.
KOCH & SEELAND G. m. b. H.
 Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1893

Spottbillig, weil Riesen-Umsatz
MÖBEL-Wichert
 Elsasser Strasse 20 (F)

„Die Gewerkschaft“
 auf gutem ff. Papier gedruckt und dauerhaft in Ganzleinen
 gebunden. Titel und Rückentitel in schwarzem Prägedruck
kostet nur 4,25 Mark.
„Die Gewerkschaft“ gehört in jede Bibliothek!
 Zu beziehen von der
Expedition „Die Gewerkschaft“, Berlin SO 33
 Schließische Straße 42 (F)

Was sich jeder wünscht!
 „Die mollige Ecke
 im eigenen Heim“
 kann sich heut
 dank meinem
Teilzahlungssystem
 auch der bescheidenste
 Haushalt leisten
 Besitze ohne Anzahlung - billige Raten - Auswärts 3 Tage zur Probe
Sprechapparate - Schallplatten - Ledermöbel
 Verlangen Sie Prohkatalog D oder Vertreterbesuch
 Anstellungsbüro ohne Kaufzwang geöffnet 9-7 Uhr
DEUTSCHE HEIMKUNST (F)
 Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelfabrikate,
 Berlin, Ankerstr. 241, u. d. Alten Jakobstraße - Tel.: Moritzpl. 4663

Qualitäts-Instrumente
 aller Art
 Schallplatten
 Reichste
 Auswahl
 Katalog
 gratis
Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Linnich 12

Send: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt von Singer & Co. Berlin SW 49 Ullrichstr. 11. Kleinteile Angelegenheiten Briefgeb. Carl G. m. b. H. Berlin SW 11. Adressbücher: G. 67. Tel. Heilmuth 3730, 3741, 4712, 4713, 4714, 4715, 4716, 4717, 4718, 4719. Gesamtverzeichnis für Angestellte Heilmuth Verlag, Berlin SW 11.